



- an die MIT-Vorsitzenden der Gliederungen
- an den PKM z.K.
- an den MIT-Bundesvorstand z.K.

Informationen zum Gespräch des MIT-Bundesvorstands mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 24. April 2009 in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten Sie mit diesem Informationsbrief über das Gespräch des MIT-Bundesvorstands mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 24.4.2009 im Bundeskanzleramt in Berlin informieren.

- **Hauptfrage im Superwahljahr 2009** - Die Bundeskanzlerin und CDU-Bundesvorsitzende Dr. Angela Merkel hatte den MIT-Bundesvorstand am 24. April 2009 zu einem Meinungsaustausch ins Kanzleramt eingeladen. Mit dabei war auch der CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla. In ihrer Einleitung führt Merkel aus, dass die Menschen ein deutliches Bewusstsein dafür haben, dass die aktuelle Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise länger anhalten und weitreichende Konsequenzen haben wird. Daraus ergibt sich, dass auch das Wahlprogramm der Union diese besondere Situation berücksichtigen muss. Die Hauptfrage für die anstehenden Wahlkämpfe lautet: Wem trauen die Menschen am ehesten zu, diese Krise zu überwinden und Deutschland gestärkt aus der Krise herauszuführen.
- **Wahlkampfthemen 2009** - Nach Merkels Auffassung muss es ein Grundanliegen der Union sein, vor allem auch die mittleren Einkommensbezieher sowie den Mittelstand zu entlasten. Die Stufen, in denen die Entlastung realisiert werden können, fallen allerdings kleiner aus, als wenn Deutschland ein Wachstum plus 3 % hätte. Heute liegt das Wachstum zwischen minus 5 und 6 %. Grundsatz muss aber sein, dass eine spürbare Entlastung erfolgen muss, sobald die Talsohle durchschritten wurde. Neben der Forderung nach steuerlicher Entlastung wird sich die Union auch weiterhin für eine Politik der Haushaltskonsolidierung bekennen und einen Schwerpunkt auf zusätzliche Investitionen in Innovation, Forschung und Infrastruktur setzen.
- **Forderungen der MIT zum Bundestagswahlkampf 2009** - Der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Josef Schlarmann machte deutlich, dass angesichts der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise die richtigen konjunkturpolitischen Akzente gesetzt werden müssen. Hierzu gehöre vor allem die Steuer- und Abgabentlastung für den Mittelstand sowie für die unteren und mittleren Einkommensgruppen. Er bekräftigte seine Einschätzung, dass die Finanzkrise und weltweite Rezession auch heute kein Argument gegen die Soziale Marktwirtschaft darstellt. Vielmehr führt die internationale Krise der Politik vor Augen, wie bedeutsam die Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft für unser Land ist. Problematisch sei es, dass wirtschaftliche Vernunft und politische Vernunft insbesondere auf Grund des Einflusses der SPD in der Großen Koalition immer weniger zusammengepasst haben. Er überreichte der CDU-Bundesvorsitzenden die Forderungen der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU zur Bundestagswahl 2009. Besonderen Fokus legt die MIT auf die Entlastung der Mittelschicht, die Abschaffung der kalten Progression und die Nachbesserung bei der Unternehmensteuerreform 2008. Angela Merkel sagte zu, eine spürbare Entlastung zum Gegenstand des Wahlprogramms der Union zu machen und auch weitere MIT-Positionen wie etwa die Nachbesserungen bei der Unternehmensteuerreform bei der Ausarbeitung des Wahlprogramms zu berücksichtigen.





- **Die Situation des deutschen Mittelstands** – Die Mitglieder des MIT-Bundesvorstandes nahmen die Gelegenheit wahr, über die Situation des deutschen Mittelstands und die Stimmungslage vor Ort zu berichten.

Josef Geyer (MIT-Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz) Viele Mittelständler stellen sich zur Zeit die Frage, ob die Union noch die Partei der Sozialen Marktwirtschaft ist und die Interessen des Mittelstands vertritt. Er plädierte dafür, dass die Union die Zeit bis zur Bundestagswahl nutzt, um das wirtschaftspolitische Profil zu stärken.

Volker Ernst (MIT-Bundesvorstandsmitglied Hamburg) Viele inhabergeführte Unternehmen bemängeln eine konzernorientierte Politik. Die Union müsse sich daher stärker für die Interessen von inhabergeführten, kleinen Unternehmen und mittleren Unternehmen einsetzen.

Norbert Eyck (MIT-Bundesvorstandsmitglied Berlin) sensibilisierte dafür, dass Unionspolitiker nicht Begrifflichkeiten wie ‚Enteignung‘ verwenden sollten. Zudem müsse die Union im Wahlkampf den Menschen und vor allem auch dem Mittelstand ein glaubwürdiges Angebot machen, damit sie ihre Wählerstimme der Union geben.

Prof. Klaus- Peter Meinzer (MIT-Bundesvorstandsmitglied Hessen) erläuterte seine Sicht auf die Finanzkrise und wandte sich gegen die prozyklischen Regelungen von Basel II.

Dr. Hans Michelbach MdB (MU-Vorsitzender Bayern) warb für eine Nachbesserung der Unternehmensteuerreform. Dazu gehören die Abschaffung der Zinsschranke, die Möglichkeit zur Erhaltung der Verlustvorträge und die volle Abzugsfähigkeit von Zinsaufwendungen, Pachten und Mieten als Betriebsausgabe.

Horst Tarnawski (MIT-Bundesvorstandsmitglied Brandenburg) berichtete von einer geplanten Investition i.H.v. 30 Millionen Euro in den Bereich regenerative Energien in Brandenburg. Da nach Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer nur ein Minus von 10.000 Euro verblieben wäre, wurde die Investition nicht realisiert. Vor diesem Hintergrund forderte er die zeitnahe Abschaffung der Gewerbesteuer.

Frank Gotthardt (MIT-Bundesvorstandsmitglied Hessen) forderte ein Politik von Freiheit und Sicherheit ein. Derzeit überwiege aber allein die Frage der Sicherheit. Der Staat sollte sich zukünftig wieder darauf beschränken, in unserer Sozialer Marktwirtschaft den Rahmen vorzugeben, aber darüber hinaus mehr unternehmerische Freiheit, Eigenverantwortung und Privatinitiative zuzulassen.



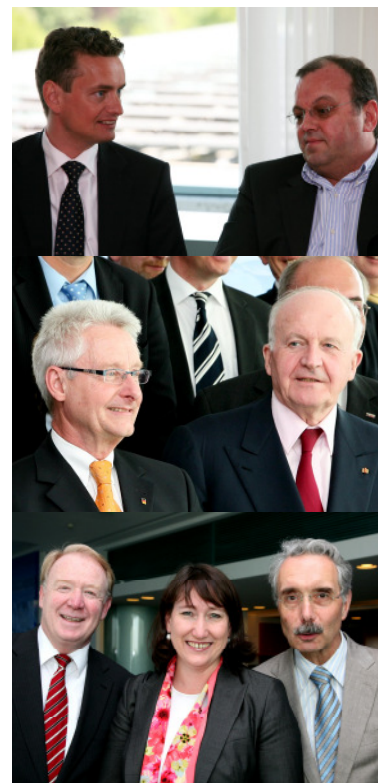


Peter Ibbeken (MIT-Landesvorsitzender Baden-Württemberg) forderte eine klare Koalitionsaussage zu Gunsten einer bürgerlichen Koalition aus Union und FDP nach der Bundestagswahl ein.

Edwin Balzer (MIT-Landesvorsitzender Hessen) Die Soziale Marktwirtschaft muss weiterhin feste Grundlage der Unionspolitik sein. ‚Freiheit in Verantwortung‘ ist dabei die Richtschnur auch für die MIT.


Jürgen Presser (stellv. MIT-Bundesvorsitzender) Die Union darf den konservativen Flügel der Partei und die konservativen Wähler nicht vernachlässigen. Es müsse wieder der von Franz-Josef Strauß geprägte Grundsatz gelten, dass rechts von der Union keine demokratisch legitimierte Partei Platz finden kann.

Uwe Kombrink (MIT-Bundesvorstandsmitglied NRW) Es ist Aufgabe der MIT, gerade die Zielgruppe des Mittelstandes zu binden. Hierfür benötige die MIT auch den entsprechenden Freiraum. Zudem müsse ein klares Bekenntnis der Union zu ihrer Beschlusslage erfolgen, vor allem zu den Leipziger Parteitagsbeschlüssen. Die Aufgabenverteilung innerhalb der Union müsse überdacht werden. Es ist verständlich, dass Regierungsvertreter die Politik der Bundesregierung erläutern müssen. Aber aus der Führungsebene der Partei heraus sollten die klaren Unionspositionen stärker in der Öffentlichkeit dargestellt werden.



Wir hoffen, wir konnten Ihnen mit dieser Zusammenfassung hilfreiche Informationen zukommen lassen.
Es grüßen Sie herzlich,

Ihr


Dr. Josef Schlarmann
MIT-Bundesvorsitzender


Hans-Dieter Lehnen
Hauptgeschäftsführer